

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

gem. § 55 NR-GOG

der Abgeordneten Neubauer, Strache, Dr. Graf

und Kollegen

betreffend Anpassung der Pensionen

eingebraucht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 5 in der 4. Sitzung des Nationalrates

Seit dem Jahr 2000 wurden die Pensionen stets unterhalb der Inflationsrate erhöht, sodass es für die Pensionisten zu realen Verlusten in Höhe von durchschnittlich 8 % gekommen ist. Gleichzeitig zeigt der im Auftrag des Österreichischen Seniorenrates und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen von der Statistik Austria erstellte „Preisindex für Pensionistenhaushalte“, dass diese Pensionisten stärker von Preissteigerungen betroffen sind als Durchschnittshaushalte.

Im vergangenen Jahr hat sich daher die Kaufkraft von Pensionistenhaushalten nicht bloß mit dem allgemeinen Verbraucherpreisindex um 1,6 % verringert, sondern um 1,9 %.

Abweichend von der gesetzlichen Pensionsanpassung haben SPÖ, ÖVP und BZÖ im Budgetausschuss vom 28.11.2006 einen Antrag eingebracht der eine Einmalzahlung für das Jahr 2007 beinhaltet. Vor der Sondersitzung im Nationalrat forderte die SPÖ so wie auch die Grünen eine Erhöhung mit dem Preisindex für Pensionistenhaushalte in Höhe von 1,9 %. Die FPÖ schlug im Rahmen der Sondersitzung eine Erhöhung um 2,6 %, mindestens aber mit 35 und höchstens mit € 70,- vor und zusätzlich eine Einmalzahlung in Höhe von € 100,- für das Jahr 2006.

Zu berücksichtigen nun, dass geringe und mittlere Pensionen von den erhöhten Energiepreisen überproportional betroffen sind, was sich auch im Pensionistenpreisindex (der alle Haushaltseinkommen erfasst), nicht vollständig widerspiegelt. Tatsächlich müssten geringe und mittlere Pensionen um ca. 2,2 % angehoben werden, um die Energiesteuerung zu kompensieren.

Bei der Höhe der Pensionsanpassung ist weiters die wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen, die insgesamt zu stark gestiegenen Steuereinnahmen geführt hat, wodurch im Budget des kommenden Jahres finanzieller Spielraum besteht. Aus diesem Grund liegen auch die Lohnabschlüsse über 2 %, der der Beamten bei 2,35 %. Die FPÖ schlägt daher folgende Regelung vor, die insgesamt Kosten für die Pensionserhöhung von € 495 Mio. verursacht, das sind um € 110 Mio. mehr als die gesetzliche Pensionsanpassung mit 1,6 %. Dieser Betrag entspricht fast exakt einer Halbjahresrate für die Eurofighter.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, alle Vorkehrungen dafür zu treffen, dass für das Jahr 2007 folgende Pensionsanpassung vorgenommen werden kann:

1. Die monatlichen Gesamtpensionseinkommen werden bis € 1.350,- mit 1,9 %, darüber mit einem Fixbetrag (€ 45,-) angepasst;
2. Personen mit einem monatlichen Gesamtpensionseinkommen von weniger als € 1.350,- erhalten zusätzlich zu den 1,9% eine Erhöhung von 0,3 % monatlich.“

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, zukünftig den Pensionistenpreisindex für die Berechnung des monatlichen Gesamtpensionseinkommens heranzuziehen.“

Wien, am 29.11.2006

Handwritten signatures:
Viktor
Herr
in fang
Astrid
in der, Mel - 7